

Vresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Verlagsdruck: Nachrichten Dresden
Verlagsnummer: 25 241
Preis für Adressierte: Nr. 20811
Erscheinung u. Druckverhältnisse:
Dresden - N. 1, Poststraße 26/28

Bezugspreis bei täglich zweimaliger Lieferung monatlich 1.20 RM. (einschließlich 10 Pfg. für Telegramm- und Postgebühren). Einzelhefte 40 Pfg. (einschließlich 10 Pfg. für Telegramm- und Postgebühren). Die einseitige 80 mm breite Seite 35 Pfg., die zweiseitige 40 Pfg., die 90 mm breite Seitenzahl 200 Pfg., außerdem 250 Pfg. abh. Anzeigenpreis u. Verlagspreis ohne Rabatt 15 Pfg., außerdem 25 Pfg. Offertengebühr 50 Pfg. Zuständige Redaktionen gegen Vorzugszahlung.

Druck u. Verlag: Risch & Reichardt,
Dresden, Postfach-Nr. 1064
Kochbuch nur mit beif. Quittungsgabe
(Dresden, Postfach-Nr. 1064) zulässig. Unverlangte
Schulbücher werden nicht aufbewahrt

Am die Stellung Brüning's und Groener's Vor Rücktritt des Reichswirtschaftsministers

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 3. Mai. Nachdem sich der erste Sturm über die Veröffentlichungen der Bayr.-Vp.-Korrespondenz gelegt hat und auch eine amtliche Stellungnahme vorliegt, erscheint es an der Zeit, unbefleht von dem für und Wider der beiden Erklärungen zu dem gesamten Fragenkomplex Stellung zu nehmen. Dabei scheint es zunächst einmal notwendig, der Quelle nachzugehen, aus der offenbar die bayrische Volkspartei-Korrespondenz geschöpft hat. Sie übernahm nämlich dieses Material aus der „Münchener Telegrammzeitung“, dem Boulevardblatt der „Münchener Neuesten Nachrichten“. Die „Münchener Neuesten Nachrichten“ selbst stehen in engen Beziehungen zu Mitgliedern der Reichsregierung. Ihr Berliner Vertreter geht bei einzelnen Ministern ein und aus. Wir gehen in der Annahme wohl nicht fehl, daß die Früden dieses süddeutschen Sturmes im Wasserlaufe zu Verantwortlichkeiten des Reichskabinetts führen. Die Gründe sind für den Kenner der internen Verhältnisse un schwer aufzufinden. Sie sind zurückzuführen

In erster Linie auf das SA.-Verbot, über dessen Zweckmäßigkeit im Reichskabinetts durchaus keine einmütige Stellungnahme herbeizuführen war,

obwohl nach außen geistlich jeder Eindruck von Meinungsverschiedenheiten vermieden wurde. Der Reichspräsident, der seinerzeit seine Unterschrift unter die ihm vom Reichskabinetts vorgeschlagene SA.-Notverordnung leistete, hat sich dann später wohl davon überzeugt, daß die Dinge mit der SA. denn doch nicht ganz so liegen, wie ihm seitens der Reichsregierung dargestellt worden sind. Es folgte dann der für die Öffentlichkeit, aber auch für die Reichsregierung überraschend gekommene Brief des Reichspräsidenten an den Reichsinnenminister Groener. Dieser Brief wurde, obwohl die Reichsregierung es nicht gern sah, als öffentlicher Brief behandelt, d. h. der scharfe Wortlaut wurde der gesamten deutschen Öffentlichkeit zur Kenntnis gebracht. Der Reichspräsident lenkte nach diesem Brief Wert darauf, daß eine partielle Behandlung von rechts und links in Sachen der parteipolitischen Wehrorganisationen Anwendung finde. Am tiefsten wurde durch dieses Schreiben der Reichsinnenminister Groener persönlich betroffen. Groener hatte, obwohl ihm nachstehende Kreise in der Wehrrückfrage dringend von dem SA.-Verbot abgeraten hatten, doch zu dem Schlag gegen die SA. angeschloßen, und seine Stellungnahme hatte dann im Reichskabinetts den Ausschlag gegeben. Nach diesem Brief Hindenburgs folgte nun eine bis jetzt noch nicht abgeklärte Periode der „Nachprüfung“ des verschiedenen Belastungsmaterials gegen das Reichskabinetts. Man ließ das Reichspräsidentenpalais fühlen, wie verstimmt man über diesen Brief Hindenburgs gewesen sei. Man abgerte die Antwort hinaus, und auch heute noch weiß die Öffentlichkeit nicht, zu welchen Ergebnissen man im einzelnen kommen wird, obwohl naturgemäß einige Mittelungen auf innenpolitischem Gebiet durchgedrungen sind. Zu allem ist in der letzten Zeit das Wahlergebnis in Preußen gekommen. Die Nationalsozialisten haben wohl unter der Hand die maßgebenden Kreise wissen lassen,

daß sie nicht geneigt wären, sich in Preußen zu beteiligen, wenn nicht auch ein Kurswechsel in der Reichspolitik erfolge.

Dieser Kurswechsel ist jetzt auch so einwandfrei begründet, daß unter anderen Verhältnissen sicherlich schon längst die Konsequenzen gezogen worden wären. Das Kabinetts Brüning hat, wie das preussische Wahlergebnis zeigt, seine Basis vollständig eingebüßt. Die wenigen Stimmen aus den Mittelparteien, die ihm immer wieder zu knappen Mehrheiten in Reichstagen verhalten, sind nach den neuesten Wahlergebnissen nach rechts abgewandert oder in nichts verschwunden. Infolgedessen ist es nur zu begreiflich, daß man sich an höchster Stelle des Reiches ernsthaft darüber Gedanken macht, wie man die Zusammenlegung der Reichsregierung mit diesen nicht mehr zu versichernden Verhältnissen draußen im Lande in Einklang bringt. Unterstützt werden diese Bestrebungen durch die Forderungen der Nationalsozialisten, der Reichspräsident möge den Reichstag alsbald auflösen und durch Neuwahlen Verhältnisse schaffen, die die Regierungsverhältnisse im Reich und in Preußen parallel zueinander gestalten. Erst dann würde der politisch unheilvoll gewordene Dualismus zwischen Preußen und Reich in der Praxis nicht bestehen. Das sind die allgemeinen Tendenzen, die sich in den letzten Tagen in unterrichteten Kreisen schon deutlicher abzeichnen begannen. Man sprach neuerdings davon,

daß die Stellung Brüning's nicht mehr die alte sei, und daß auch der Reichsinnenminister Groener auf die Dauer nicht mehr würde gehalten werden können.

Die Veröffentlichungen der „Münchener Telegrammzeitung“ und der bayrischen Volkspartei-Korrespondenz stellen unter diesen Umständen den Versuch einer, wie die Berliner Zeitungszensur es treffend ausdrückt, „kleinen Erpressung aus Bayern“ dar. Man will unter allen Umständen verhindern, daß der Reichspräsident die Konsequenzen aus der letzten Wahlergebnisse in den Ländern auch für das Reich zieht, und man versucht, einige politische Verantwortlichkeiten, von denen man annimmt, daß sie den Reichspräsidenten in seinen neu gewonnenen Anschauungen unterstützen, zu kompromittieren. Wahr-

scheinlich werden die Alarmmeldungen aus Bayern aber die entgegengesetzte Wirkung haben. Der Reichspräsident ist bekanntlich sehr empfindlich gegen Eingriffe in seine persönlichen Entscheidungen, und es würde nicht wundernehmen, wenn die von der bayrischen Volkspartei geübten Methoden die jetzt schon in reichlichem Maße vorhandene Mißstimmung zwischen Reichspräsidentenpalais und einigen Kabinettsmitgliedern noch weiter verschärfen.

Im übrigen ist bei der gestrigen Kabinettsitzung auf-

gefallen,

daß der Reichswirtschaftsminister Dr. Warmbold an diesen Beratungen nicht teilnahm.

Der Reichswirtschaftsminister Dr. Warmbold hat schon von Anfang an im Reichskabinetts gar keine Rolle spielen können. In der politischen Öffentlichkeit ist von ihm schon seit langem nicht mehr die Rede, und es verlaute bereits vor einiger Zeit, daß er demnächst seinen Rücktritt nehmen würde. Dieser Rücktritt wird wahrscheinlich demnächst erfolgen. Im übrigen wird man gut tun, die aus der Reichskabinetts jetzt wieder geistlich verbreiteten Nachrichten, daß zwischen Brüning und Hindenburg vollkommene Einvernehmen bestände, mit Vorsicht aufzunehmen.

Wie ergänzend verlaute, ist der Wunsch des Reichswirtschaftsministers Warmbold, zurückzutreten, auch darauf zurückzuführen, daß sich der Reichswirtschaftsminister mit der hauptsächlich vom Reichsarbeitsminister beauftragten Einführung der 40-Stunden-Woche nicht einverstanden erklärt. Auch wegen der beabsichtigten Prämienanleihe zur Finanzierung eines Arbeitsbeschaffungsprogramms sollen Meinungsverschiedenheiten entstanden sein.

Das Abgleichgespräch des Reichswirtschaftsministers soll bereits vorliegen.

An zutändiger Stelle wird allerdings auf Anfrage erklärt, daß von einem Rücktritt des Reichswirtschaftsministers Warmbold „nichts bekannt sei“. Es wird jedoch hinzugefügt, daß, falls sich diese Nachricht dennoch behaupten sollte, vermutlich sofort ein neuer Reichswirtschaftsminister ernannt werden würde, wobei man vielleicht an Trendelenburg gedacht hat.

Das Echo in London

London, 3. Mai. Eine Reihe von Londoner Morgenzeitungen wie „Daily Herald“ und „News Chronicle“ bringen die von einer deutschen Korrespondenz verbreitete Meldung über eine Kamarilla, die den Sturz Brüning's beabsichtige und deren Führer General von Schleicher und von Hammerstein seien, in großer Aufmerksamkeit. „Daily Herald“ fügt hinzu, daß auch Staatssekretär Meißner der Kamarilla anhöre. Man hoffe, noch diese Woche den Rücktritt Brüning's herbeizuführen, für den der Rücktritt des Wirtschaftsministers Professor Warmbold das Signal geben soll.

Neuer deutscher Schritt in Rowno

Für unbeflehte Wahlen

Berlin, 3. Mai. Der deutsche Gesandte in Rowno hat am gestrigen Montag erneut einen Schritt bei der litauischen Regierung wegen der Wahlen angekündigt. In einer Unterredung mit dem litauischen Außenminister Dr. Januš hat der Gesandte noch einmal die Aufmerksamkeit der litauischen Regierung auf die Vorgänge hingelenkt, die nach Auffassung Deutschlands einen Verstoß gegen das Memelland bedeuten und abgestellt werden müssen.

In politischen Kreisen wird daran erinnert, daß bereits bei den Wahlen für den Memelländischen Landtag im Jahre 1920 ein ähnliches Verhalten der Litauer zu einer Beschwerde beim Völkerbund geführt und dann seine Erledigung in einem Schriftwechsel zwischen dem damaligen deutschen Außenminister Dr. Curtius und dem litauischen Außenminister Januš gefunden hat. Januš hatte seinerzeit namens der litauischen Regierung eindeutige Zusicherungen für eine unbeflehte Abstimmung und Wahlpropaganda gegeben. Damals wurden die bereits rein großlitauisch zusammengesetzten Wahlkreiskommissionen und Wahlvorstände entsprechend dem Stärkeverhältnis der Parteien umgebildet, so daß auch die d. u. s. Parteien auf Grund einer überwiegenden Mehrheit genügende Vertretung bekamen.

Auf diesen Schriftwechsel ist in den verschiedenen Noten Deutschlands an Litauen und die Signatarmächte Bezug genommen worden. Im übrigen scheinen die verschiedenen Schritte Deutschlands, wie auch die der Signatarmächte, insofern einen gewissen Erfolg gehabt zu haben, als in den letzten Tagen keine Ausdrücke mehr gegen die Wahlpropaganda der Memelländischen vorgekommen sind. Diese Tatsache darf aber nicht dazu verleiten, nun alles für

Verstärkte Devisenbestimmungen für Auslandsreisen

Berlin, 3. Mai. Amlich wird mitgeteilt: Die Devisenlage macht einige Beschränkungen der Bestimmungen für den Reiseverkehr nach dem Auslande und dem Saargebiet notwendig. Die Devisenbewirtschaftungsstellen werden für nicht geschäftliche Reisen fortan den Nachweis der Dringlichkeit der Reise verlangen; bei Reisen zum Kurzgebrauch im Auslande ist hierbei die Vorlage eines amtsärztlichen Zeugnisses erforderlich.

Von einigen ausländischen Kurverwaltungen usw. sind in letzter Zeit Prospekt verfaßt worden, in denen deutlichen Aussagen empfohlen wird, bei einem beabsichtigten Kuraufenthalt im Auslande bereits einige Monate vor Eintritt der Reise regelmäßige Ueberweisungen im Rahmen der Freigrenze vorzunehmen. Es wird davor gewarnt, auf solche Empfehlungen einzugehen, da dieses Verfahren eine Umkehrung der Devisenvorschriften darstellt.

Auch bei Geschäftsfreisen wird strenger als bisher darauf geachtet werden, daß die Anforderungen an Devisen als berechtigt anerkannt werden können.

Das SA.-Verbot soll ergänzt werden

Berlin, 3. Mai. Wie aus gut unterrichteten Kreisen verlaute, hat sich das Reichskabinetts unter anderem auch bereits mit dem SA.-Verbot befaßt und beschlossen, die betreffende Verordnung so zu ergänzen, daß sie partiell auf alle gleichartigen Organisationen anzuwenden ist. Es ist beabsichtigt, eine Aufsichtsbehörde dafür zu bestimmen, die die Satzungen nachprüfen und nötigenfalls Änderung verlangen soll. Die Verordnung dürfte schon sehr bald herauskommen. Es ist anzunehmen, daß nach dieser neuen Verordnung der NSDAP die Möglichkeit gegeben ist, wieder Sonderformationen zu bilden, die aber keinen militärischen Charakter haben dürfen.

Brüning beim Reichspräsidenten

Berlin, 3. Mai. Der Reichspräsident empfing heute den Reichsfinanzminister Brüning zum Vortrag über die innenpolitische Lage und die gegenwärtigen Kabinettsberatungen.

Chinas Waffenstillstandsdelegierter überfallen

Schanghai, 3. Mai. Etwa 100 chinesische Studenten, die mit den Bestimmungen des Sinesisch-japanischen Abkommens nicht einverstanden sind, drangen in das Haus des chinesischen Hauptdelegierten Quotachi ein und überfielen ihn. Quotachi wurde verletzt. Es ist daher nicht sicher, ob er, wie geplant am Donnerstag das Waffenstillstandsabkommen unterzeichnen kann.

„Graf Zeppelin“ über LaS Palmas. Nach einem Funk-spruch von Bord des „Graf Zeppelin“ befand sich das Luftschiff am Dienstag um 0.30 Uhr MEZ. über LaS Palmas.

Englische Kritik an Polen

London, 3. Mai. Der Sonderberichterstatter des „Daily Herald“ in Danzig erklärt, die Befestigung der Ziele der polnischen Militärs werde hoffentlich die Rettung Danzigs bringen. Polen habe 400 000 Menschen in der Freien Stadt Danzig ihrer Lebensmöglichkeiten beraubt, indem es sich um die Entscheidungen des Völkerbundskommissars und des Völkerbundrates überhaupt nicht gekümmert habe. Danzig habe das Recht, Waren zollfrei nach Polen zu senden, d. h. es dies aber trotzdem nicht. Polen sei angewiesen, vom Danziger Hafen unter Ausnutzung seiner vollen Leistungsfähigkeit Gebrauch zu machen und den Hafen von Gdingen nur für seine Flotte und für seinen überschüssigen Handel zu benutzen.

Statt dessen ziehe Polen den Hafen von Gdingen vor, in der Hoffnung, Danzig durch wirtschaftlichen Druck zu zwingen, an Polen die Bitte um Einverleibung zu richten.

Der Berliner Berichterstatter der „Morning Post“ erklärt u. a., das Vorgehen Litauens gegen Memel habe in Deutschland den Eindruck erweckt, daß die Westmächte nicht sehr stark an der Durchführung der Garantien interessiert seien, die in den Friedensverträgen den Regierungen gewisser von Deutschland abgetrennter Gebiete gegeben wurden.